

«Wir wollten verhindern, dass Verlierer-Generationen entstehen»

Die Pensionskasse der Grossbank UBS erhöht für eine Gruppe von Pensionierten nachträglich die Renten

MICHAEL FERBER

Bei der Pensionskasse der UBS erhalten Rentner, die in den vergangenen Jahren mit vergleichsweise tiefen Umwandlungssätzen pensioniert wurden, ab dem jetzigen Monat Mai eine Rentenerhöhung. Laut Branchenvertretern prüfen derzeit mehrere Vorsorgeeinrichtungen solche freiwilligen Zusatzleistungen an Rentner. «Bei der Umsetzung betritt die Pensionskasse der UBS hier aber Neuland», sagt Thomas Jeney, Geschäftsführer der Vorsorgeeinrichtung, die zu den grössten der Schweiz gehört, im Gespräch. Eine freiwillige Rentenerhöhung habe es bei der seit 1999 existierenden UBS-Pensionskasse noch nie gegeben.

Laut Jeney erhalten einige hundert der insgesamt 16 500 Rentner der UBS-Pensionskasse eine Rentenerhöhung. «Dabei handelt es sich allesamt um Rentner, die als ehemalige Versicherte wegen systemfremder Umverteilungen eine tiefe Verzinsung ihrer Altersguthaben und anschliessend einen vergleichsweise tiefen Umwandlungssatz in Kauf nehmen mussten», sagt er. «Es geht um Fairness, um finanzielle Gleichbehandlung.» Konkret profitierten alle Rentner, die 2020 und 2021 pensioniert wurden, sowie zusätzlich diejenigen, die 2019 mit den Anfang 2019 gesenkten Umwandlungssätzen in Pension gegangen sind.

Lebenslange Rentenerhöhungen

Die Rentner bekommen die Erhöhungen nicht als Kapitalzahlungen, sondern als lebenslange Rentenerhöhungen. Ein Rentner, der 2019 von der Senkung des Umwandlungssatzes betroffen war, erhalte dadurch ab Mai 2022 statt des bei der Pensionierung für seine Rente festgelegten Umwandlungssatzes von 4,42 Prozent einen solchen von 4,6 Prozent. Mit dem Umwandlungssatz wird beim Renteneintritt die Höhe der jährlichen

Sinnvolle Erhöhung – ohne Giesskanne

Kommentar auf Seite 20

Rente berechnet, dazu wird der Satz mit dem angesparten Altersvermögen multipliziert.

Der Rentner aus dem genannten Beispiel erhielt also bisher für ein angespartes Vermögen von 1 Million Franken in der Pensionskasse eine jährliche Rente von 44 200 Franken. Mit den Änderungen erhöht sich seine Rente nun per Mai dieses Jahres auf 46 000 Franken.

Die grosse Mehrheit der Rentner der UBS-Pensionskasse sei indessen mit vergleichsweise hohen Umwandlungssätzen pensioniert worden, sagt Jeney. «Angesichts des Ziels der finanziellen Gleichbehandlung über Generationen hinweg erhalten sie im Jahr 2022 deshalb keine Rentenerhöhung.»

In den vergangenen zehn Jahren habe es bei der Pensionskasse der UBS teilweise einschneidende, aber notwendige Anpassungen gegeben, sagt der Geschäftsführer. Damit meint er die Senkungen des Umwandlungssatzes, die sich in tieferen Renten widerspiegeln. In Reaktion auf das niedrige Zinsniveau und die demografische Entwicklung hatte die UBS-Pensionskasse die Umwandlungssätze in den vergangenen Jahren mehrmals gesenkt. Als besonders weitgehend gilt der Schritt im Jahr 2019, als der Satz von 5,42 auf 4,42 Prozent fiel. Dabei ging es darum, die Umverteilung von aktiven Versicherten zu Rentnern zu stoppen.

«Mit den jetzigen Erhöhungen wollen wir verhindern, dass aufgrund dieser Senkungen Verlierer-Generationen entstehen», sagt Jeney. Bei der Pensionskasse der UBS habe im Jahr 2003 ein im Alter von 62 Jahren pensionierter Mitarbeiter noch einen Umwandlungssatz von 6,5 Prozent erhalten. Für UBS-Mit-



In Reaktion auf das niedrige Zinsniveau und die demografische Entwicklung hatte die UBS-Pensionskasse die Umwandlungssätze in den vergangenen Jahren mehrmals gesenkt.

CHRISTOF SCHÜRPF / KEYSTONE

arbeitende, die im Jahr 2021 mit 65 Jahren in Rente gingen, lag dieser nur noch bei den genannten 4,42 Prozent. «Versicherte, die bei der Pensionskasse UBS in den vergangenen Jahren pensioniert wurden, erhielten folglich bei einem gleichen Altersguthaben eine um bis zu einem Drittel niedrigere Rente als Versicherte, die seit vielen Jahren pensioniert sind», sagt Jeney.

Als Basis dafür habe die UBS-Pensionskasse eine Richtlinie für freiwillige Zusatzleistungen für Rentner erarbeitet, mit der sie rasch und flexibel auf Änderungen des wirtschaftlichen Umfelds reagieren könne. Diese soll dabei helfen, für Rentner und Versicherte über Generationen hinweg eine finanzielle Gleichbehandlung zu erreichen. «Solche freiwilligen Zusatzleistungen erfolgen klar nicht nach dem Giesskannenprinzip, denn dies würde Ungleiches noch ungleicher machen», sagt Jeney. Vielmehr seien gezielte Zusatzleistungen, also ein differenzierter Ansatz, vorgesehen. Er hoffe, dass der Entscheid eine gewisse Signalwirkung auf die Branche haben werde, da so auch die Glaubwürdigkeit der zweiten Säule des Altersvorsorgesystems gestärkt werden könne.

Starke finanzielle Lage

Dabei hat laut dem Geschäftsführer auch die hohe Verzinsung der Altersguthaben der Versicherten bei der UBS-Pensions-

kasse eine Rolle gespielt. So machte Anfang dieses Jahres Schlagzeilen, dass diese für das vergangene Jahr 9,5 Prozent betrug. In den Jahren davor waren es 3 Prozent (2020) und 3,5 Prozent (2019). Von dieser Verzinsung profitierten indessen nur die aktiven Versicherten, nicht die Rentner. «Diejenigen, die mit niedrigen Umwandlungssätzen in Rente gegangen waren und nun ebenfalls nicht von den Verzinsungen profitieren haben, drohten dadurch zu einer ebensolchen Verlierer-Generation zu werden», sagt Jeney.

Die Erhöhungen werden vor allem auch dadurch möglich, dass sich die Kasse in einer sehr guten finanziellen Lage befindet. Laut Jeney betrug der ökonomische Deckungsgrad der Pensionskasse per Ende Dezember 2021 hohe 128,2 Prozent. Diese Kennzahl weist aus, wie gross das Kapital einer Vorsorgeeinrichtung im Vergleich mit ihren Verpflichtungen ist. Ein Deckungsgrad von 100 Prozent bedeutet folglich, dass diese komplett gedeckt sind.

Es gibt derzeit verschiedene Arten von Deckungsgraden. Beim ökonomischen Deckungsgrad werden die erwarteten künftigen Belastungen mit den aktuellen Marktzinsen berechnet. Beim zumeist verwendeten technischen Deckungsgrad erfolgt dies hingegen mittels des vom Stiftungsrat der Pensionskasse festgelegten technischen Zinssatzes. Die beschlossenen Renten-

erhöhungen wirkten sich derweil nur marginal auf die Deckungsgrade aus, sagt Jeney.

Die Pensionskasse hat sich auch bereits auf die möglichen Folgen der höheren Inflationsraten vorbereitet. Das Berufliche-Vorsorge-Gesetz (BVG) kenne keinen automatischen Teuerungsausgleich für die Altersrenten, sagt Jeney. Forderungen nach einem solchen könnten aber lauter werden, wenn die Inflation in der Schweiz noch stärker zum Thema werde. «Für die Pensionskasse der UBS stehen dann die Rentner im Vordergrund, die kürzlich zu vergleichsweise tiefen Umwandlungssätzen pensioniert wurden», sagt er. Ältere Rentner hingegen, die mit höheren Sätzen pensioniert wurden, hätten die Inflationsrisiken schon mehr als kompensiert bekommen. Die Richtlinie der Kasse liefere eine Grundlage dafür, dies so zu handhaben.

Schritt mit Signalwirkung

«Aufgrund der Negativzinsen und der demografischen Entwicklung war es absolut richtig, dass viele Pensionskassen in den vergangenen Jahren die Umwandlungssätze deutlich gesenkt haben», sagt Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz. Allerdings hätten einige kurz vor der Pensionierung stehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenig Chancen gehabt, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. «Die Umwandlungssätze gingen in den letzten Jahren bei vielen Kassen doch recht rasch hinunter», sagt Spring.

Daher geht er davon aus, dass die Rentenerhöhungen bei der UBS-Pensionskasse für Pensionierte, die in den letzten Jahren mit vergleichsweise tiefen Umwandlungssätzen in den Ruhestand gegangen sind, durchaus Signalwirkung für andere Vorsorgeeinrichtungen haben dürften. «Die UBS-Pensionskasse ist eine grosse Schweizer Kasse und hat eine gewisse Vorreiterrolle inne», sagt Spring. Gerade Pensionskassen mit Deckungsgraden von mehr als 120 Prozent könnten sich überlegen, auf freiwilliger Basis die Renten von manchen Jahrgängen, die mit deutlich niedrigeren Umwandlungssätzen in Rente gegangen sind, zu erhöhen.

Allerdings müsse dringend darauf geachtet werden, dass die Umverteilung zwischen aktiven Versicherten und Rentnern durch solche Schritte nicht wieder vergrössert werde.

Holcim braucht Indien nicht

BENJAMIN TRIEBE

Der weltgrösste Zementkonzern setzt seine Strategie fort, immer weniger mit Zement zu tun zu haben. Es verdichten sich die Anzeichen, dass Holcim demnächst seine Aktivitäten in Indien abstösst. Das Schwellenland ist ein wachsender Markt, aber auch ein fragmentierter, umkämpfter und damit schwieriger. Seit Mitte April spekulieren Medien, Holcim arbeite an dem Verkauf. Nun hat der indische Industrielle Sajjan Jindal in der «Financial Times» ein Gebot bestätigt. 7 Milliarden Dollar wäre Jindal das Zementgeschäft von Holcim wert.

Selbst für einen Riesen wie Holcim geht es hier nicht um Bröckchen. Laut Vontobel erwirtschaftete Holcim im vergangenen Jahr 13 Prozent des Umsatzes in Indien, ausserdem 11 Prozent des Betriebsgewinns (Ebitda) sowie einen Zehntel des Reingewinns. Doch der Verkauf, den das Unternehmen nicht kommentiert, wäre konsequent: Der Firmenchef Jan Jenisch stösst schon seit einer Weile Zementparten des alten Kerngeschäfts ab. Mit den Erlösen kauft Jenisch rentablere Baustoffanbieter zu – so wie im vergangenen Dezember den Dachschindelhersteller Malarkey in den USA, die ein besonders attraktiver Markt sind. Die Holcim-Sparte «Solutions & Products», zu der Malarkey nun gehört, soll in drei Jahren 30 Prozent des Konzernumsatzes liefern. Im Jahr 2020 waren es erst 8 Prozent. Der traditionelle Zementverkauf soll parallel von 60 auf rund 30 Prozent sinken. Das bindet weniger Kapital und ist klimafreundlicher.

Die Strategie ergibt für Analytiker Sinn. Gleichzeitig sind in Indien mehrere einheimische Parteien am Zement interessiert, was den Verkaufspreis stützen sollte. Holcims Anteil von 63 Prozent an Ambuja Cements, um den es hier geht, war am Dienstag rund 5,9 Milliarden Dollar wert. Es wäre nicht überraschend, wenn Holcim Indien hinter sich lässt.

Spekulative Bitcoin-Anlage

WERNER GRUNDLEHNER

Die Akzeptanz des Bitcoins steigt. Die Verwendung als Inflationsschutz dürfte dagegen für lange kein Thema mehr sein. Die Notierung sank am Montag kurzzeitig unter 30 000 Dollar, nachdem gegen Ende des vergangenen Jahres noch ein Höchstwert von fast 70 000 Dollar erreicht wurde. Man hat auch bei hoher Inflation mit der Kryptowährung viel mehr eingebüsst als mit Bargeld – und als mit jeder anderen Vermögensklasse. Mannigfaltige Gründe werden für die Schwäche angeführt. Entscheidend ist aber, dass viele Anleger den Bitcoin gleich behandeln wie IT-Aktien auch in unsicheren Zeiten – und dass ein sogenannter Stable-Coin mit hohen Bitcoin-Reserven, der den Dollar eins zu eins abbilden soll, über 30 Prozent gegenüber dem Greenback verlor.

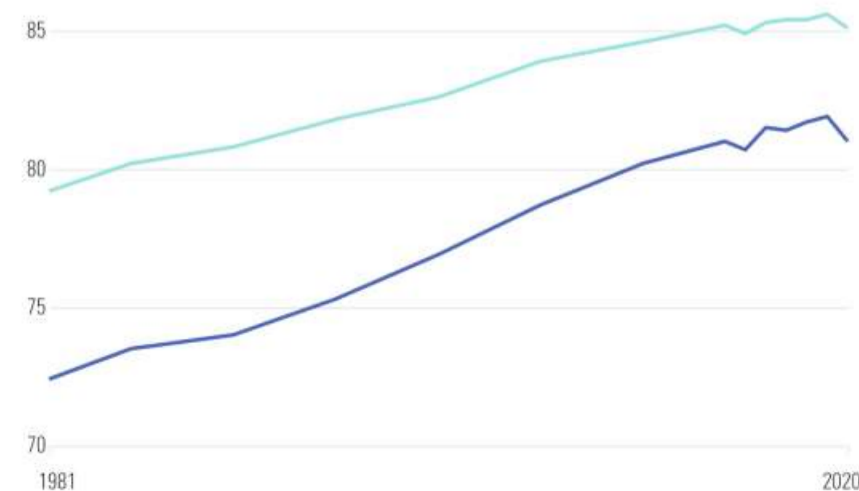
Da nützt es wenig, dass sich der Bitcoin kontinuierlich in der «realen» Welt durchsetzt. Jüngst wurde bekannt, dass nach El Salvador auch die Zentralafrikanische Republik und Panama den Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptieren werden. Immer mehr Banken lancieren auch 2022 Krypto-Angebote für die breite Kundschaft. J.P. Morgan etwa behandelt den Bitcoin im Research wie andere Vermögenswerte und berechnet einen «fairen Wert».

Seinen Mythen als Inflationsschutz ist der Bitcoin jedoch los. Bis er diese Position einnehmen kann, muss er einige Stürme überstehen, ohne zu kentern. Bis dahin werden sich Investoren, die sich gegen die Inflation wappnen wollen, an Gold und andere Vermögenswerte halten, die zumindest teilweise einen Schutz bieten. Mit solchen Kurskapriolen gefährdet der Bitcoin aber auch die Rolle als alternative Währung oder Vorsorge-Anlage. Ein Bitcoin-Investment bleibt Spekulation.

Heute leben die Menschen länger

Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren

■ Männer ■ Frauen



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / mpa